

Aus dem Plenum

Im Februar standen 33 Punkte auf der Tagesordnung. Begonnen wurde mit der Aktuellen Stunde. Die Themen waren der Überfall Rechtsextremer auf eine Kirmesfeier in Ballstädt (SPD-Fraktion), die Förderung von Sportstätten als Fundament des Spitzensports (CDU-Fraktion), die Qualitätssicherung in Thüringer Kitas (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), die Auswirkungen der gestie-

genen Energiepreise für Privatkunden (FDP-Fraktion) und die Stärkung des Tierschutzes vor dem Hintergrund grober Rechtsverstöße im ehemaligen Schlachthof Jena (Fraktion DIE LINKE).

Im Anschluss wurden die Gesetzentwürfe aufgerufen. Eine Mehrheit fand z.B. das Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes. Die Novellierung erfolgte auf-

grund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts von 2013. Danach soll den Kommunen gerade in finanziell angespannten Phasen eine ausreichende Kreditierungsmöglichkeit gegeben werden, um wirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende vornehmen zu können. Dies dient langfristig der Haushaltsentlastung. Zur kurzfristigen Abhilfe für fi-

nanzschwache Thüringer Kommunen wurde zudem das Thüringer Gesetz zur Sicherung der kommunalen Haushalte in den Jahren 2014 und 2015 beschlossen. Nach der Behandlung der Gesetzentwürfe folgten die Anträge. Videos und Protokolle der Sitzung sind unter Plenum Online auf der Internetseite des Thüringer Landtags (www.thueringer-landtag.de) abrufbar.

Große Spendensumme für „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“ 85.284,62 Euro gehen an fünf ausgewählte Hilfsprojekte



Am 5. Februar übergaben die Partner der Aktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ die Spendensumme in Höhe von 85.284,62 Euro an fünf ausgewählte Thüringer Hilfsprojekte. An der Gemeinschaftsaktion beteiligten sich neben dem Thüringer Landtag auch das Thüringer Sozialministerium, Antenne Thüringen, die Thüringische Landeszeitung sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU),

die zugleich Schirmherrin der Aktion ist, freute sich über die Spendenbereitschaft der Thüringer Bürgerinnen und Bürger: „Der Einfallsreichtum und die hohe Spendenbereitschaft der Bevölkerung zeigen, dass Thüringen ein kinderfreundliches Land ist. Schutz und Fürsorge für Kinder und Jugendliche in Not bleiben Anliegen, die höchste Priorität haben.“ Die ausgewählten Projekte, von denen jedes 17.056,92 Euro erhält, sind in diesem Jahr: das

Projekt „Starke Mütter – Starke Kinder“ des Vereins Liberare in Gera, die „RSB Rolli Kids“ des Vereins Reha-Sport-Bildung in Elxleben, „Wehr dich – aber schlau!“ des Mehrgenerationenhauses Kindelbrück, „Kochen mit Kindern“ des Mehrgenerationenhauses Familienzentrum „Die Insel“ in Suhl und das Projekt „Wohlfühloose und Bewegungsanreize im Außengelände der Tagesgruppe“ des Internationalen Bundes in Waltershausen.

WAHL! STATT EGAL

Was motiviert Menschen, sich am politischen Geschehen durch Wahlen zu beteiligen oder als Nichtwähler zu entziehen? Der Thüringer Landtag regt mit seiner Kampagne „Wahl! statt egal“ zum Nachdenken an. Ohne Empfehlungen für Parteien und deren Programme zeigt sie vielmehr die Notwendigkeit demokratischer Mitbestimmung auf.



Kurz gemeldet

Am 6. Februar hat Landtagsdirektorin Dr. Birgit Eberbach-Born gemeinsam mit dem Weimarer Oberbürgermeister Stefan Wolf und dem Direktor des Stadtmuseums Weimar, Dr. Alf Röbner, die Ausstellung „Demokratie aus Weimar“ mit einem Grußwort eröffnet. +++ Die Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Astrid Rothe-Beinlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), nahm am 11. Februar in Vertretung von Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) am Jahresempfang des Beirats für Nachhaltige Entwicklung in Thüringen teil. Der Empfang im Thüringer Landtag brachte zivilgesellschaftliche, staatliche und politische Akteure näher zusammen. +++ Im Anschluss an die 143. Plenarsitzung fand am 26. Februar ein Parlamentarischer Abend des Universitätsklinikums Jena statt. Für die Gäste bestand die Möglichkeit zur Information über den Baufortschritt an Thüringens einzigem Universitätsklinikum. Zudem standen die Patientenversorgung sowie Forschung und Lehre der Einrichtung während des Abends im Mittelpunkt.

Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
www.bueb.thueringen.de
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit
www.tlfdi.de

Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Landesbeauftragter des
Freistaats Thüringen zur
Aufarbeitung der
SED-Diktatur (ThLA)
www.thueringen.de/tlstu
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: tlstu@t-online.de

IMPRESSUM



Herausgeber:
Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:
Dr. Detlef Baer

Satz und Layout:
Ines Born

Druck:
Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich.
Der Bezug ist kostenfrei sowohl
über den Postweg als auch per
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
pressestelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Der Bürgerbeauftragte

Fonds „Heimkinder Ost“: Betroffene sollten ihren Antrag rechtzeitig stellen

Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Dr. Kurt Herzberg, hat die Ende Februar beschlossene Aufstockung des Fonds „Heimkinder Ost“ begrüßt und Betroffene ermuntert, ihre Anträge rechtzeitig zu stellen. Herzberg wörtlich: „Bis zum 30. September 2014 müssen die Betroffenen ihre Ansprüche angemeldet haben. Dies kann zunächst auch formlos geschehen. Ich möchte alle Betroffenen ermutigen, rechtzeitig einen Antrag zu stellen. Ich befürchte, dass sich nach dem 30.09. diejenigen, die diesen Termin verpassen, an den Bürgerbeauftragten wenden werden und der ihnen nicht helfen kann, weil die Frist verstrichen ist.“ Herzberg bittet auch die allge-

meinen Beratungseinrichtungen der Wohlfahrtsverbände und alle Bürgerinnen und Bürger, die Betroffene kennen, auf die Möglichkeit der Unterstützung aus dem Fonds hinzuweisen und zugleich an die Frist zu erinnern. Ehemalige DDR-Heimkinder können Hilfen aus dem Fonds erhalten für:

- medizinisch-therapeutische Leistungen,
- Aufarbeitung der eigenen Heimerfahrungen,
- Qualifizierung,
- Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter
- sowie in besonderen sozialen Notlagen.

Voraussetzungen für die Hilfe sind: Heimunterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung oder

einem Dauerheim für Säuglinge und Kleinkinder in der DDR; Unrecht- und Leiderfahrungen während dieses Heimaufenthaltes, Schädigung und daraus resultierender, heute noch bestehender Folgeschaden oder besonderer Hilfebedarf aufgrund des Folgeschadens, der nicht über bestehende Hilfe- und Versicherungssysteme abgedeckt werden kann. Betroffene müssen sich bis zum 30. September 2014 bei den Anlauf- und Beratungsstellen gemeldet haben. Dazu reicht ein formloses Schreiben aus.

Die Thüringer Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heimkinder ist wie folgt zu erreichen: Postfach 90 03 54, 99106 Erfurt; Fax 03 61 - 51 15 91 53; E-Mail: anlaufstelle@tmsfg.thueringen.de.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

8. Europäischer Datenschutztag diskutierte über NSA, PRISM, BIG Data und Co.

„Die Privatsphäre sieht aus wie eine Dörrpflaume.“ Diese Einschätzung über den Einsatz von Ausspähprogrammen der Geheimdienste stammt von dem Journalisten Heribert Prantl. Der Ressortleiter Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“ hielt das herausragendste Referat zum Thema „Bettelnde Grundrechte“ im Rahmen des 8. Europäischen Datenschutztages am 28. Januar 2014 in Berlin. Prantl skizzierte, eloquent und rhetorisch brillant, wie Persönlichkeitsrechte vom Bundesverfassungsgericht „auf dem Boden des Grundgesetzes“ ausgeformt und weiterentwickelt wurden. Nach dem 11. September 2001 habe sich jedoch eine tief greifende Zäsur ergeben, die, so Prantl, „unter dem Boden des

Grundgesetzes“, Datenschutz- und Bürgerrechte den überbordenden Sicherheits- und Informationsinteressen des Staates geopfert habe.

Über die technischen Möglichkeiten der sogenannten Sicherheitsdienste informierte Marit Hansen, die stellvertretende Datenschutzbeauftragte von Schleswig-Holstein. Als Lichtblick blieb ihr nur die digitale Selbstverteidigung: Verschlüsseln, anonym surfen, sichere soziale Netzwerke nutzen! Beispiele aus der „Echt-Zeit“ parat hatte der Journalist Erich Möchel, der in seinem Vortrag vor allem die Personalverpflichtungen zwischen US-Geheimdiensten und US-Sicherheitsindustrie nachzeichnete. An Hand der Personalie von Mike McConnell, der als NSA-

Direktor später in die Privatwirtschaft zur Sicherheitsfirma Booz Allen Hamilton wechselte, um dann 2007 zum obersten Koordinator der US-Geheimdienste aufzusteigen, belegte Möchel, wie die NSA über 30 Jahre lang alle Mittel zur Überwachung der Datennetze ausnutzte. Seine bisherigen Rechercheergebnisse hätten sich nunmehr - leider - vollumfänglich bestätigt.

Thüringens Datenschutzbeauftragter, Dr. Lutz Hasse, der am Europäischen Datenschutztag ebenfalls teilnahm, bezeichnete die Veranstaltung als „bewegend und aufrüttelnd“. „Zu hoffen bleibt“ – so Hasse –, „dass derart starke Signale dazu beitragen, dass ein NSA-Untersuchungsausschuss eingesetzt wird.“

Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

18. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen

In diesem Jahr feiern wir den 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution. Das Volk zwang den Machtapparat in die Knie. Das SED-Regime brach in wenigen Wochen zusammen. Die Bestrafung der Täter und die Rehabilitierung der Opfer gehörten von Anfang an zum Forderungskatalog der Demonstranten. Die letzte und erste, frei gewählte, Volkskammer stellte dafür die Weichen: sie beschloss die Öffnung der Stasi-Akten und ein Rehabili-

tierungsgesetz zur Entschädigung von SED-Opfern. Die Aufarbeitung von SED-Unrecht ist seitdem weit vorangeschritten: tausende Haftopfer wurden entschädigt, Millionen Menschen haben Stasi-Akten-Einsicht beantragt, Gedenkstätten erinnern an das kommunistische Unrecht und zahlreiche Institutionen informieren über die DDR. Der Bundeskongress würdigt den epochalen Umbruch, zieht Bilanz und fragt danach, ob 25

Jahre nach dem Ende der DDR tatsächlich alles geklärt und erforscht ist. Oder gibt es Themen und Opfergruppen, die bislang nie ins Blickfeld gerieten? Warum brauchen manche Themen so lange, um in der Mitte der Gesellschaft anzukommen?

Der Kongress findet unter starker Beteiligung auch von Thüringer Opferverbänden vom 25.–27. April 2014 im Sächsischem Landtag in Dresden statt.